

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Organe
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Vierteljährlich)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 33.

Berlin, Sonnabend, 25. April 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis:

5. Generalversammlung des Gewerkevereins der Deutschen Frauen und Mädchen S. 2. — Zur Wohnungsfrage. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

5. Generalversammlung des Gewerkevereins der Deutschen Frauen und Mädchen S. 2.

Im eigenen Heim der Deutschen Gewerkevereine, im Verbandshaus zu Berlin, traten am 2. Osterfeiertage die Abgeordneten des Gewerkevereins der Deutschen Frauen und Mädchen zur 5. Generalversammlung zusammen. Pünktlich zur festgesetzten Zeit konnte die Hauptvorsitzende Frau Wilhelm-Berlin die Tagung eröffnen. Sämtliche Abgeordnete waren anwesend, und zwar die Kolleginnen Sing-Danig, Leonhardt-Berlin, Krause-Viegnitz, Slatke-Görlich, Friedrich-Saynau, König-Bitterfeld, Lorenz-Rodeberg, Flatter-Döbeln, Schröder-Sommerda und Samitz-Gottha. Der Hauptvorstand war vertreten durch Frau Wilhelm als Vorsitzende, Frä. Aug. Urban als Hauptreferentin und Frau Reuttedt als Geschäftsführerin. Der Verband der Deutschen Gewerkevereine hatte den Verbandssekretär Neufeldt als Vertreter entsandt. In der Begrüßungsansprache wies Frau Wilhelm auf die Schwierigkeiten hin, die sich der Frauenorganisation und den idealen Zielen, die sich der Gewerkeverein gestellt hat und zu erreichen ständig bemüht gewesen sei, entgegenstellen. Der Verbandsvertreter betonte die zwingende Notwendigkeit einer möglichst starken Frauenbewegung innerhalb des Verbandes und die bedeutenden Aufgaben, welche durch die Generalversammlung ihrer Lösung harren.

Nach Prüfung der Mandate wurde die vom Hauptvorstand festgesetzte Tagesordnung genehmigt und sofort in ihre Beratung eingetreten. Die Protokollführung hatte in freundlicher Weise Kollege Bergmann-Berlin übernommen.

Seitens der Geschäftsführerin Frau Reuttedt wurde hierauf ein sehr ausführlich gehaltenes Tätigkeits- und Kasernenbericht für die Berichtsperiode 1. Januar 1911 bis 31. Dezember 1913 erstattet. Den interessantesten Mitteilungen ist folgendes zu entnehmen: Während der ganzen Berichtsperiode lastete eine fast unerträgliche Lastung auf der arbeitenden Bevölkerung. Naturgemäß hatten darunter die Frauen am meisten zu leiden. Am 15. September 1911 wandte sich der Hauptvorstand des Gewerkevereins durch eine Resolution an den Reichskanzler und eruchte, schleunigst geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Lastung aller Lebensmittel einigermaßen erträglich zu gestalten. Seiner Zeit wurden die abnormen Witterungsverhältnisse für die Lastung verantwortlich gemacht. Die Witterungsverhältnisse sind andere geworden, die Lastung aber ist ständig geblieben, sie ist noch mehr gestiegen. Die Kinder in den Arbeiterfamilien sind infolgedessen oftmals unterernährt, sie leiden körperlich. Sie leiden aber auch vielmal seelisch. Wie manche Familienmutter, die ihren Kindern eine würdliche Mutter, dem Hause eine wertvolle Hausfrau sein könnte, wurde durch die Lastung herausgerissen aus Haus und Familie. Sie wurde gezwungen mitzuarbeiten, um die Nahrungsfragen zu vermindern. Den Kindern wurde die Mutter geraubt deren Tätigkeit im Hause so äußerst wertvoll ist für die Erziehung

eines moralisch und sittlich gefestigten Menschenschlages. Der Bericht kommt dann zur Besprechung der Reichs-Versicherungsordnung unter Anerkennung der Invaliden-Zusatzrente für Kinder. Sonst hat aber die Hinterbliebenenversicherung arg enttäuscht. Eine Besserung in der Wöchnerinnenfürsorge brachte die Krankenversicherung in der Reichs-Versicherungsordnung. Die geschaffenen Vorteile ließen indessen den in den Krankenkassen versicherten Personen voranthalten, obgleich auf dem Wege eine ausreichende Wöchnerinnenfürsorge am nötigsten ist. Infolge der neuen gesetzlichen Bestimmungen hoben die Frauen einen größeren Einfluß auf die Versicherungsorgane erhalten. Von der Mitwirkung in den Behördenorganisationen bleiben sie indessen ausgeschlossen. Das Verhältniswahlrecht begünstigt weiter die Wahl der Frauen. Durch rege Tätigkeit muß es gelingen, die volle Gleichberechtigung zu erlangen. Auf den übrigen Gebieten der Sozialpolitik ist trotz aller Anstrengungen der Organisationen nichts Wesentliches erreicht worden. Das Seimarbeitergesetz brachte Fortschritte statt Lohnämter. Der Auf nach gesetzlicher Lohnregelung für Seimarbeiter darf nicht verkümmern. Die ungenügenden gesetzlichen Bestimmungen sind noch nicht einmal vollständig durchgeführt. Das Kartell der schaffenden Stände ist dem Fortschritt in der Sozialpolitik in die Weichen gefallen. Zum mindesten bedingte doch die Zunahme der jugendlichen Fabrikarbeiterinnen von selbst eine gesetzliche Verbotung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen unter 18 Jahren. Die körperliche, geistige und sittliche Entwicklung der jugendlichen Arbeiterinnen darf durch lange Arbeitszeiten nicht gehemmt werden. Die Frauenarbeit muß mit einem ganz besonderen gesetzlichen Schutz umgeben werden, weil die Frau die Trägerin und Erzieherin der Jugend ist. Diesem Gedanken entspringt auch das neuerliche Vorgehen der Deutschen Gewerkevereine nach gesetzlicher Einführung des freien Sonnabend-Nachmittags für die Arbeiterinnen.

Alle diese im Interesse der Arbeiterinnen notwendigen sozialen Verbesserungen sind am besten zu erreichen in gemeinsamer Arbeit mit der bürgerlichen Frauenbewegung. Sie ist äußerst rührig für die Erreichung solcher Verbesserungen. Der Wille, den gedrückten Geschlechtsgegnissen zu helfen, hat zur Gründung des ständigen Ausschusses zur Förderung der Arbeiterinnen und des Verbandes für handwerksmäßige und sachgewerbliche Ausbildung der Frau geführt. Die Vorsitzende des ständigen Ausschusses, Frä. Friedenthal, ist unserem Verein eine warmherzige, hilfsbereite Förderin. In beiden Korporationen sind die Gewerkevereine fleißige Mitarbeiter. An der wirksamen Demonstration für die Frauenbewegung im Jahre 1912 in Berlin, die durch den Frauenkongress begleitet wurde, war der Gewerkeverein ebenfalls beteiligt. Mit Recht hat ein Bericht darüber, daß diese Veranstaltung wirksam war, weil Frauen aller Gesellschaftsklassen beteiligt waren herab bis zur einfachen Arbeiterin. Bei den Frauen vertrieben sich die Standesunterschiede leichter bei der Arbeit für die Sebung der Lage ihrer Geschlechtsgegnissen.

Für die direkte Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder wurde manches getan. An Lohnherausgaben war der Verein beteiligt in Hannover, Dresden, Döbeln, Striegau, Stolp und Kirch. Die Lohnbewegungen brachten teilweise trotz harter Kämpfe nicht den gewünschten Erfolg. Während andererseits durch friedliche Vereinbarungen manches erreicht werden konnte. Unter der unangünstigen Wirtschaftskonjunktur hatten die Frauen gleichfalls stark zu leiden.

Die Agitation zur Stärkung des Vereins hatte nicht immer den gewünschten Erfolg. Seine Entwicklung geht zu langsam; die Gleichgültigkeit der Frauen ist zu groß. Die Männer zeigen nicht immer das richtige Verständnis für die Frauenorganisation. Der Terrorismus der „Freien“ tut das übrige. Der Bericht zählt dafür einige typische Fälle auf. Er denkt dann noch des Hinscheidens eines treuen Freundes und Mitarbeiters, des Kollegen Rosengarth, der bis zum letzten Atemzuge für den Verein wirkte. In die Berichtsperiode fiel das 10jährige Bestehen des Gewerkevereins der Frauen und Mädchen. Unter Hinweis darauf schließt der Bericht mit Worten, die seiner Zeit bei dem 10jährigen Bestehen zum Ausdruck kamen:

„Die statutarischen Einrichtungen haben sich bewährt, die Rahmenverhältnisse sind gute, die idealen Bestrebungen unserer Sache kommen immer mehr zur Anerkennung; eine große Anzahl treuer, erprobter Kolleginnen, von denen einige bereits länger als 10 Jahre unserer Vereinigung angehören, bilden den Kern unserer Truppe. Wenn alle unsere Kolleginnen werden für unsere gute und gerechte Sache, in ständiger Einigkeit zusammenstehen für die Ehre und das Ansehen des Gewerkevereins, dann ist die Zukunft besessen gesichert. In den ersten zehn Jahren ist der feste Grund für unser Wirken geschaffen worden; die kommende Zeit muß unsere Ziele schon um der Arbeiterinnen willen der Erfüllung näher bringen. Danken wir in diesen Tagen den erprobten treuen Kolleginnen für ihre unermüdete Arbeit, gebeten wir der Bestrebenden, die mit uns gewirkt haben und nun ausruhen vom Kampfe, begeistern wir die jetzige Generation für unsere hohen idealen Aufgaben, und dann vorwärts auf der ganzen Linie in ein weiteres Jahrzehnt!“

Dem Kasernenbericht sind folgende Zahlen zu entnehmen: Für Streifenunterstützung wurden 479,75 Mk., für Arbeitslohnunterstützung 2827,50 Mark verausgabt. Für allgemeine Unterstützungsanträge wurden ausbezahlt 191,90 Mk., für Krankheitsfälle 1405,05 Mk. Das Gesamtermögen beträgt im Gewerkeverein 2078,61 Mk., im Beihilfefonds 2807,20 Mk.

In der Diskussion über den Bericht wurden hauptsächlich die Schwierigkeiten besprochen, die sich der Entwicklung des Vereins entgegenstellen. Nicht nur seitens der „Freien“ ist Terrorismus zu verzeichnen, auch die Christlichen sind oftmals selbstsame Brakitten aus. So hat z. B. das Korpskommando in Danzig dem dortigen Verein der Seimarbeiterinnen christlicher Richtung gewisse Arbeiten zur Fertigstellung übergeben. Diese Arbeiten werden nur an Mitglieder des Vereins weitergegeben. Unter Verein und unsere Mitglieder sind davon ausgeschlossen. Wer Arbeit haben will, muß erst seine Gesinnung ändern.

Die rege Diskussion schloß mit allgemeiner Anerkennung der Arbeiten des Hauptvorstandes und seiner Geschäftsführerin.

Am Abend des ersten Verhandlungstages fand eine gut vorbereitete und zahlreich besuchte Begrüßungsfeier statt. Das Programm wies musikalische und deflamatorische Darbietungen auf und löste stürmischen Beifall bei der zahlreich versammelten aus. Den künstlerischen Darbietungen schloß sich ein stimmungsvolles Beisammensein an, bei dem auch der Tanz zu seinem Rechte kam. Den Künstlern, die sich in uneigennützigster Weise zur Verfügung stellten, an dieser Stelle herzlichsten Dank!

Die Beratungen der Generalversammlung wurden am Dienstag morgen fortgesetzt. (Schluß folgt.)

Zur Wohnungsfrage.

Der Umzugstermin, der 1. April, hat diesmal zu lebhaften Erörterungen Anlaß gegeben. Aus einer Reihe von Städten ertönten Alarmrufe über Wohnungsnot. Sie bestanden fast ausschließlich für die minderbemittelten Bevölkerungskreise. Einmal war es vielen Familien überhaupt nicht möglich, eine Wohnung zu bekommen, einfach weil keine mehr in passender Preislage vorhanden waren, zum andern liefen Familienväter von Hauswirt zu Hauswirt und wurden stets abgewiesen, lediglich weil sie zu viel Kinder hatten. Da es sich um eine Notlage handelt, die immer weitere Kreise zu ziehen droht, verlohnt es, dem Wohnungsproblem der Minderbemittelten einmal eingehend auf den Grund zu gehen. Dabei wollen wir uns bemühen, recht objektiv zu sein und uns aller leeren Schlagwörter zu enthalten. Wenn wir so an diese Frage herantreten, haben wir sie von drei Seiten zu betrachten: Vom Standpunkte des Hauswirts, des Mieters und der Allgemeinheit, d. h. des Staats- oder Gemeinwehens.

Der Hauswirt ist heutzutage nicht mehr so wie früher auf Kosten gebettet. Vor allem in der Großstadt. Hier ist er oft nicht mehr als der Verwalter der Hypothekensumme. Aber auch in der Mittel- und Kleinstadt haben sich die Verhältnisse zu seinen Ungunsten verschoben. Das Haus ist mehr und mehr Spekulationsobjekt, also eine wohl verkäufliche Ware geworden. Den Hausbesitzer als das eigentliche bodenständige Element der Stadt zu werden, ist eine Auffassung, die vor der Wirklichkeit meist nicht mehr standhält.

Wodurch haben sich nun die Verhältnisse allmählich immer mehr zu seinem Nachteil verändert? Die Preise für Grund und Boden sind überall gewaltig gestiegen, insbesondere in den Städten. Das ist eine Tatsache, die keines weiteren Beweises mehr bedarf. Davon haben die Hausbesitzer natürlich zunächst profitiert. Aber schon ihre Nachfolger, das heißt diejenigen, welche das Haus von ihnen kauften, mußten diesen ganzen gesteigerten Grundwert mitbezahlen, der dem Verkäufer mühelos, ohne sein Zutun, in den Schoß gefallen war. Dazu kam, daß die älteren Häuser bald in keiner Weise mehr den modernen Wohnanforderungen genügten. Es wurden also an die Stelle der alten neue Häuser gesetzt. Neues Kapital wurde notwendig, neuer Kredit, neue Zinsen. Das alles wurde zuletzt natürlich auf den Mieter abgewälzt. Die Mieten stiegen denn auch unaufhörlich im Preise. Draußen im Reichsbilde der Stadt hatten die Lernaingestellungen oder einzelne Spekulantent den Grund und Boden aufgekauft und gaben ihn parzellenweise mit nicht unerheblichem Profit an die Hausbesitzer ab. Andererseits haben die Lernaingestellungen insofern oft auch mäßig gewinkt, als sie abseits gelegene, unbebaut gebliebene Landstreifen für die Wohnkultur urbar gemacht und dem Verkehr erschlossen haben. Man braucht da nur an all die verwirklichten Siedlungspläne um Berlin herum denken. Kurz und gut, schon allein der Grund und Boden macht einen derartig hohen Wert des Hauses aus, daß der Wirt seine Wohnungen verhältnismäßig teuer vermieten muß, um überhaupt auf seine Kosten zu kommen und noch etwas darüber zu erhalten. Man weiß man aber, daß kleine und kleinste Wohnungen nicht genug rentabel sind, daß nur Läden und große Mehrzimmernwohnungen eine einigermaßen erträgliche Verzinsung des Hauses garantieren. So kommt es denn, daß die minderbemittelten Kreise, so weit sie sich nicht mit kleinen Hinterhaus- und Kellerwohnungen begnügen wollen, mehr und mehr an die Peripherie der Stadt gedrängt werden, wo der Boden- und damit der Mietpreis noch nicht so hoch wie im Zentrum hinaufgeschleppert ist. Ferner ist es klar, daß das Haus um so eher abgenutzt und verbraucht wird, um so mehr Parteien darin wohnen. Diese Erndtungen rein materieller Art und manche Bedenken physischer Natur (mehr Mieter — mehr Aerger und Arbeit) veranlassen den Hausbesitzer, sich dem Kleinwohnungsbaue abzuwenden.

So viel von der Verschärfung des Wohnungsangebots. Aber auch noch andere Gründe kommen hinzu, die den Hauswirt dazu nötigen, seine Verhältnisse möglichst stabil und rentabel zu gestalten. Da ist in erster Linie die fehlbare Kreditnot. Das Geld wendet sich zusehends vom Hypothekensmarkt ab, erstens weil die gegenwärtigen Haus- und Grundstücksverhältnisse nicht besonders günstig sind — wie viel Spekulationen haben wir nicht heutzutage davon kognit! — und zweitens weil das Geld in der Industrie und auf dem Wertpapiermarkt verhältnismäßig besser verzinst und

bei jeder Gelegenheit flüchtig gemacht werden kann, während es als Hypothek festgelegt ist. So ist es denn gekommen, daß die Hauswirte fast in allen Städten heftig darüber klagen, keine zweiten Hypotheken mehr bekommen zu können. Ja, selbst sichere erste Hypotheken sind zu einem annehmbaren Zinsfuß schwer zu haben. Des weitern kommt die steigende steuerliche Belastung des städtischen Grundbesitzes hinzu. Da ist vor allem die Wertzuwachssteuer. Es ist kaum zu bezweifeln, daß sie in den meisten Fällen abwälzbar ist. Sie trifft letzten Endes nicht nur den Hauswirt, sondern mehr noch den Mieter. Es kann Fälle geben, wo sie wirklich am Blase ist. Aber wir sollten uns vor falschen Verallgemeinerungen hüten. Daß das Reich sie als Steuerquelle freiwillig hat schenken lassen, sollte uns jedenfalls zu denken geben. Zuletzt sei in diesem Zusammenhang noch an die vielfachen Stempelgebühren und sonstigen Abgaben erinnert, die für den Besitzwechsel vorgesehen sind. Die hohen Kosten und vielen Schereitern halten viele davon ab, sich ein Haus auf regulärem Wege zu erwerben.

Von den Hauswirten kommen wir zu den Baumeistern. Die Kreditnot und die ungünstige Lage des Hausbesitzers sind nicht ohne Rückwirkungen auf die Bautätigkeit geblieben. Calver ermittelte, daß in 42 deutschen Städten mit zusammen 11,27 Millionen Einwohnern, von denen Angaben vorliegen, der Zugang an Wohngebäuden, auf je 10 000 Einwohnern berechnet, betrug:

1912	1911	1910	1909
10,63	12,36	10,05	7,63.

In Bochum, Dortmund, Essen, Nürnberg, Berlin, Wilmersdorf, Altona, Düsseldorf und Kiel sei die Abnahme der Bautätigkeit am stärksten. Dabei sei zu berücksichtigen, daß fast überall nur die niedrigen Wohnungsklassen an dieser rückläufigen Bewegung beteiligt sind. An sogenannten herrschaftlichen Wohnungen sei nicht nur kein Mangel, sondern überall noch tiefer Ueberfluß.

Wie hat sich nun der Mieter, der kleine Mieter, zu allem zu stellen? Unter den Preissteigerungen der Wohnungen hat er genau so zu leiden wie der Inhaber einer großen Wohnung. Ja sogar noch mehr. Es ist berechnet worden, daß der Kleinmieter durchschnittlich einen viel größeren Teil seines Jahreseinkommens für die Miete ausgeben muß als der Substituente. Kommt nun hinzu, daß der private Bau von Häusern mit kleinen Wohnungen, wie wir gesehen haben, nachläßt, daß also die Nachfrage größer wird als das Wohnungsangebot, so flattert der Preis, d. h. die Miete, nach einem alten volkswirtschaftlichen Gesetze noch weiter in die Höhe. Jede Ware — und eine Wohnung ist im weiteren Sinne des Wortes nichts anderes — ist um so teurer, je seltener sie ist. Die minderbemittelten Kreise sind insofern dieser für sie ungünstigen Entwicklung der Wohnungsindustrie auf die Selbsthilfe angewiesen, wenn sie nicht unter die Räder kommen wollen. Daß das bis zu einem gewissen Grade schon heute der Fall ist, lehren die mannigfachen Einzelbeispiele, die in der Presse in diesen Tagen über die große Wohnungsnot berichtet wurden. In Dortmund mußten am 1. April nicht weniger als fünfzig Familien aus Arbeiter-, Handwerker- und selbst Beamtenkreisen infolge Obdachlosigkeit einweisen in einer städtischen Turnhalle untergebracht werden. In Erlangen waren es 46 Familien, die kein Unterkommen fanden, in Gönndau noch mehr. In Duisburg warf sich ein 57-jähriger Arbeiter, Vater von sieben minderjährigen Kindern, vor einen Zug und beging so aus Verzweiflung Selbstmord, weil er überall von den Hauswirten wegen seiner zahlreichen Kinder abgewiesen worden war. Die Hauswirte, die kleine Wohnungen zu vermieten werden, werden sie, weil Mangel daran ist, ziemlich leicht los, daher können sie die Mietslustigen sehr sichten. Wir wissen, daß f. B. in Wien und Paris, wo ähnliche Erscheinungen, nur noch in größerem Maßstabe, aufgetreten waren, die unrentablen Obdachlosen ihre letzte Zuflucht zu großen gemeinsamen Grundbesitzern nahmen. Und ganz fruchtlos ist dieser organisierte Schar nach Besserung der Wohnungsnot. Inwiefern nicht gewesen. Auch in Deutschland haben wir schon seit einiger Zeit einen Mieterverein. Aber die eigentlichen kleinen Mieter, die Arbeiter, sind kaum oder doch nur unzulänglich darin vertreten. Die Selbsthilfe wird also andere Wege beschreiten müssen als den eines bloßen Zusammenfassens zur Abwehr. Wichtiger noch ist die positive Arbeit und die führt uns mitten hinein ins Genossenschaftswesen. Der genossenschaftliche Kleinwohnungsbaue wird durch

die Vorgänge an diesem Umzugstermin einen neuen Anstoß erhalten und eine noch größere Ausdehnung erfahren, als es heute ohnehin schon der Fall ist, auch wenn sich die Hausbesitzer noch so sehr dagegen sträuben. Allein durch ein Eigenheim, von dessen gesundheitlichen Vorzügen gegenüber der Mietskammer hier nicht erst geredet werden soll, kann sich der Arbeiter allmählich frei machen von den für ihn immer schwieriger werdenden allgemeinen Wohnungsverhältnissen. In vielen Städten ist dieser Weg ja auch schon mit Erfolg begangen worden.

Eine Frage bleibt allerdings offen. Woher das Kapital nehmen, das Geld zur Anzahlung? Daran ist schon mancher schöne Wunsch des Einzelnen gescheitert. Denn die meisten Siedlungs-Gesellschaften, mögen sie sich nun in der Form einer Aktiengesellschaft oder einer Genossenschaft organisiert haben, verlangen von jedem, der sich ein Einfamilienhaus bauen lassen will, eine gewisse Anzahlung, gewöhnlich 10 Prozent vom Gesamtwerte, um sich das allernotwendigste Betriebskapital zu sichern. Die weitere Anzahlung ist dann schon in der Miete enthalten. Nun ist es bekannt, daß es verhältnismäßig nur wenigen Arbeitern möglich ist, mehrere hundert Mark zu sparen und, wenn sie das Geld haben, ohne weiteres auf einmal auszugeben, da sie sich eigentlich immer einen Notsparring für trübe Zeiten wie Arbeitslosigkeit und dergleichen sichern müssen.

Hier beginnt nun das Interesse der Allgemeinheit an dem Problem, das Interesse der Gemeinde oder des Staates. Die Allgemeinheit steht vor der Frage: Müssen wir hier irgendwie eingreifen, wenn die private Wohnungsindustrie aus Gründen der geringen Rentabilität verjagt, den unfreiwilligen Obdachlosen Unterkunft gewähren und für die Zukunft einer Wohnungsnot durch eigene Maßnahmen wehren? Diese Frage werden sich vor allem die Städte mit schnell wachsender Industriebevölkerung vorlegen müssen. Und die Antwort? Sie zerfällt in zwei Teile. Soll man selbst Häuser bauen und sie vermieten, soll man also unmittelbar einwirken auf den Wohnungsmarkt, wie das die Sozialdemokratie stets und ständig befürwortet, oder soll man nur mittelbar den Wohnungsmarkt beeinflussen, indem man private genossenschaftliche Gesellschaften unterstützt? Der Staat und die Gemeinden haben heute bereits beide Wege eingeschlagen. Die preussische Eisenbahnbehörde trägt sich, wenn man von den eigentlichen Dienstwohnungen absieht, schon lange mit dem Gedanken, den Eisenbahnarbeitern eine billige Wohnmöglichkeit zu schaffen, und es sind ja auch bereits Kredite dafür flüchtig gemacht worden. In der Hauptstadt aber bewegt sich die Lösung des Wohnungsproblems doch nach der anderen Richtung hin. Und das ist gut so. Wir werden sonst schließlich ganz vom Bürokratismus verschluckt. Man fördert die privaten Unternehmungen, so weit sie gemeinnütziger Art sind, dadurch, daß man ihnen Gelder leiht oder doch die Garantie für die Hypotheken übernimmt. Die Landesversicherungsanstalten sind mit gutem Beispiele vorangegangen. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte folgt denselben Spuren. Die Gemeinden haben sich bisher meist damit begnügt, die Garantie für die Hypotheken, die diese Anstalten ausgeben, auf sich zu nehmen. Ja selbst das Reich als solches will nach einer angeforderten Selbsterklärung in gewissen Fällen ebenfalls gutgehen. So weit ist dieser Entwicklungsprozess nur erstreckt, und es fällt uns lediglich die Aufgabe zu, ihn zu beschleunigen und zu verallgemeinern, damit die Wohnungsnot noch und noch überall schwindet. Für den Arbeiter, der doch bei alledem in allererster Linie in Betracht kommt, bleibt indessen immer noch der eine Einwand übrig: Woher die meist notwendige Anzahlung zum Bau eines Einfamilienhauses nehmen? Hier könnte nun die Gemeinde eingreifen und den gemeinnützigen Baugenossenschaften Geld zur Verfügung stellen, um die Anzahlung wirklich bedürftiger in eine allmähliche Tilgung umzuwandeln. Die Gesellschaft müßte für die Summen in ihrer Gesamtheit haften und so der Gemeinde die größtmögliche Sicherheit bieten, andererseits müßte sich die Gemeinde dabei ein gewisses Aufsichts- und Mitbestimmungsrecht sichern. Diese finanzielle Mitwirkung der Gemeinde steht in keinem Verhältnisse zu den Kosten, die sie sich aufbürden würde, wenn sie selbst Häuser bauen und ständig verwaltet lassen müßte. Auch die Hausbesitzer könnten gegen diese Art der Unterstützung der Bautätigkeit nichts einwenden, denn das wäre ja nur ein Requirat zu ihrem Verlangen, daß die Stadt Hypothekensammler errichten und zweite Hypotheken ausgeben solle.

Juan Schusse sei noch eine Bemerkung angefügt. Der Kleinstwohnungsbauplan sieht, soweit er sich nicht auf Mietkategorien erstreckt, fast stets den Eigenbesitz vor. Gewiß sprechen viele Momente dafür. Würde man aber das Tempo des Einfamilienhausbaues nicht außerordentlich beschleunigen können, wenn man von diesem starren System ablasse und dieselben Haustypen zu Vermietungszwecken errichtete? Es könnten — das ist natürlich nur eine Anregung — Mietergenossenschaften gebildet werden, die so und so viele Häuser bauen und unter ihre Mitglieder nach bestimmten Grundrissen vermieten. Jedenfalls stehen wir jetzt erst im Anfange des genossenschaftlichen Hausbaues, und viele Möglichkeiten stehen uns noch offen.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 24. April 1914.

Vom Taschenbuch der Deutschen Gewerbetriebe 1914 ist ein Posten übrig geblieben. Wie oft von uns hervorgehoben wurde, zeichnet sich das Büchlein durch seinen überaus reichen Inhalt aus und ist allen Gewerbetriebskollegen ein guter Berater. Es wäre deshalb schade, wenn die übriggebliebenen Jahrbücher unbenutzt liegen bleiben würden. So hat sich denn der geschäftsführende Ausschuss entschlossen, den Verbandskollegen und -kolleginnen die noch vorhandenen Exemplare zum Preise von 15 Pfg. pro Stück zu überlassen. Das Jahr ist noch lang, so daß das Jahrbuch seinen Zweck noch nicht verfehlt hat.

Wir bitten aber, die Bestellungen sofort zu machen, und zwar unter gleichzeitiger Einsendung des Betrages für die gewünschten Bücher. Die Sendung ist zu richten an die Adresse des Verbandskassierers Kollegen Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Die staatliche Arbeitslosenversicherung in Bayern gefährdet. Im bayerischen Abgeordnetenhaus ist kürzlich eine Regierungsvorlage auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung mit staatlichen Zuschüssen angenommen worden. Zu diesem Zwecke sind 2 Mal 75 000 Mark in den Etat eingestellt worden. Jetzt hat sich auch der Ausschuss der bayerischen Reichsratskammer mit dem Entwurf beschäftigt und mit erheblicher Mehrheit sich dahin entschieden, die Arbeitslosenversicherung in der Form, wie sie in der Regierungsvorlage vorgesehen ist, abzulehnen. Es sei nicht zweckmäßig, daß das industriearme, vorwiegend agrarische Bayern als erster Bundesstaat ein derartiges Experiment mache. Danach darf angenommen werden, daß auch die Reichsratskammer sich gegen die Einführung der staatlichen Arbeitslosenversicherung aussprechen wird. Um jedoch nicht den Vorwurf der antisozialen Gesinnung aufkommen zu lassen, sollen die für die Durchführung der Arbeitslosenversicherung in Aussicht genommenen Beträge nicht gestrichen, sondern für die Zwecke der Arbeitsvermittlung und ähnliche Ausgaben verwendet werden.

Ueber die Unfallgefahr im Bergbau und die Heranbildung des bergmännischen Nachwuchses hat der preussische Handelsminister v. Sydow kürzlich gelegentlich der Festigung zur Halbjahrsbundesfeier der westfälischen Berggewerkschaftskasse recht bemerkenswerte Ausführungen gemacht. Nach der „Frankf. Stg.“ führte Herr v. Sydow aus:

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß mit der Ausdehnung unseres Bergbaues die Zahl schwerer, insbesondere tödlicher Unfälle nicht nur absolut, sondern auch relativ, d. h. im Verhältnis zur Belegschaft gestiegen ist. Einestheils liegt dieser Grund wohl in der mit größeren Teufen wachsenden Gefährlichkeit. Injoweit bietet sich der Leitung der Bergbauströcke jahraus jahrein eine hohe Aufgabe. Ich darf hier nur auf die noch nicht gelöste Frage einer wirksamen Bekämpfung der Schlagwettersgefahr hinweisen, aber darin erschöpft sich die Ursache der vermehrten Unfälle nicht, denn auch die schweren Unfälle über Tage sind sowohl absolut als auch relativ gestiegen. Zudem fällt die allgemeine Zunahme der Unfälle besonders in die Perioden steigender Konjunktur, in denen zur Vermehrung der Förderung die plötzliche Verstärkung der Belegschaften insbesondere durch Anstellung zahlreicher ungeworbener Arbeiter nötig ist. Das macht es zur Pflicht, der Ausbildung des bergmännischen Nachwuchses erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Dabei wird es von besonderer Wichtigkeit sein, die Ausbildung der von den Bergwerken beschäftigten jugendlichen Arbeiter systematisch zu regeln, in erster Linie zur Bewollkommnung ihrer bergbaulichen Vorbereitungen, daneben aber auch, um sie in das Verständnis ihrer Pflichten gegenüber Familie, Gemeinde und Vaterland besser einzuführen. Mit anderen Worten: Ich halte die Durchführung einer den Bedürfnissen

des Bergbaues angepaßten Fortbildungsschulpflicht der jugendlichen Bergarbeiter für eine bedeutungsvolle Aufgabe, deren Lösung nicht hinausgeschoben werden soll. Ich bin überzeugt, für das Gesagte bei den weitblickenden Leitern des westfälischen Bergbaues Verständnis zu finden und begreife es mit besonderer Genugtuung, daß in Erwägung gezogen worden ist, die Berggewerkschaftskasse in den Dienst des Fortbildungsaufwandes für die jugendlichen Bergarbeiter zu stellen.

Alles ganz gut und ganz schön! Wir sind die letzten, die den Segen der Fortbildungsschule für junge Leute leugnen. Die Hauptfrage aber für uns bleibt, daß die Arbeiter selbst in erhöhtem Maße zur Kontrolle der Gruben herangezogen werden. Nur dann ist es möglich, eine Einschränkung der Unfallgefahren herbeizuführen. Das jetzige Sicherheitsmännersystem genügt nicht. Die Revisionen der Gruben müssen vorgenommen werden von Männern, die sich des Vertrauens der Arbeiter in vollem Maße erfreuen, welche nach jeder Seite hin unabhängig sind. Bei den Sicherheitsmännern trifft das nicht zu; deshalb muß immer und immer wieder die Forderung nach unabhängigen Grubenkontrollbeamten aus den Kreisen der Arbeiter erhoben werden.

Arbeiterbewegung. Die Zahl der streikenden Droschkenschaffere in Berlin dürfte sich auf etwa 1400 belaufen. Die Bewegung nimmt ihren Fortgang. Die Großunternehmer wollen zur Niederwerfung des Streiks am kommenden Montag sämtliche Chauffeure auspeinern. — In Koblenz ist im vorigen Jahre zwischen einem Teil der Malermeister und ihren Gehilfen ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Jetzt wollen die Gehilfen auch bei den übrigen Meistern den Tarifvertrag durchsetzen, sind aber damit auf Widerstand gestoßen. Darauf ist bei diesen die Arbeit niedergelegt worden. — In Kattowen haben die Schuhmachergehilfen ihren Tarif gekündigt und einen neuen Entwurf eingereicht. Die Schuhmacherverbandsleitung hat aber nicht nur diesen Tarifvertrag rundweg abgelehnt, sondern weigert sich auch mit den Gehilfen zu verhandeln. Darauf ist die Kündigung eingereicht worden. — In Breslau ist den Studenten von den Unternehmern der Tarif gekündigt worden. Die Arbeitgeber wollen nur dann einen neuen Tarif abschließen, wenn die Arbeiter sich mit einer erheblichen Lohnkürzung einverstanden erklären wollen. Das ist natürlich abgelehnt und beschlossen worden, vorläufig nur im Accord weiter zu arbeiten.

Der Streik der italienischen Eisenbahner ist noch in letzter Stunde demnieden worden. Die Organisationen haben beschlossen, zunächst den Ausstand noch zu vertagen. — Der Streik der Labafarbeiter in den staatlichen italienischen Zigaretten-Fabriken sind daran beteiligt, darunter nur etwa 1500 Männer. Die Lage für die Streikenden ist nicht besonders günstig, da große Zigarettenvorräte vorhanden sind.

Die Malfeier wirft bereits ihre Schatten wieder voraus. In den Kreisen der „Genossen“ wird die Frage eifrig diskutiert, allerdings längst nicht mehr in dem Maße wie in früheren Jahren. Denn trotz der Renommierartikel der sozialdemokratischen Presse hat sich doch nicht die Tatsache unterdrücken lassen, daß die Beteiligung am „Weltfeiertag“ von Jahr zu Jahr mehr zurückgegangen ist. Auch in den Kreisen der „Genossen“ bricht sich mehr und mehr die Erkenntnis Bahn, daß man mit derartigen Demonstrationen praktische Erfolge nicht erreichen kann. Im Gegenteil, man gibt nur den Scharfmachern neues Material gegen die Arbeiterklasse in die Hände. Fast täglich können auch in diesem Jahre in der Presse Verfügungen von Unternehmerverbänden veröffentlicht werden, wonach den Mitgliedern aufgegeben wird, im Falle der Malfeier eine Kürze oder längere Ausberrung vorzunehmen. Dadurch werden die Kassen der Arbeiter natürlich belastet und ihnen Mittel entzogen, die zur wirklichen Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zweckmäßiger verwendet werden könnten.

Die Deutschen Gewerksvereine haben dem Malfeiertum von Anfang an ablehnend gegenübergestanden, und sie werden sich auch um die ganze Geschichte in diesem Jahre nicht kümmern. Wohl treten auch wir für eine möglichstste Vertiefung der Arbeitseigen ein. Dieses Ziel glauben wir aber nicht durch Außenlassen der Arbeit an einem Tage im Jahre erreichen zu können, sondern durch unablässigen Kampf und fortwährende Aufklärungsarbeit. Von diesem Standpunkte lassen wir nicht, und wir glauben damit der Arbeiterschaft einen größeren Dienst

erweisen zu können. Mögen sich die Sozialdemokraten und ihre Gewerkschaften an Proben bewahren. Die Deutschen Gewerksvereine wollen, getreu ihrem Programm, praktische Gegenwartarbeit leisten. Die Frage des 1. Mai existiert für sie nicht, mögen sich darob die „Genossen“ noch so sehr ereifern.

Eine Denunziation? Ausgerechnet in der Zeit, da von allen Seiten Versuche gemacht werden, die Arbeiterberufsorganisationen als politische Vereine zu behandeln, kommt die „Alln. Volks-Stg.“ mit einer Notiz, in der sie den Deutschen Gewerksvereinen nachweisen zu können glaubt, daß auch sie politische Gebilde seien. Seine Ansicht stützt das Zentrumsblatt darauf, daß auf der Tagung unseres sächsischen Landesverbandes ein Sekretär der Fortschrittlichen Volkspartei über die Sozialpolitik am sächsischen Landtage gesprochen hat, und daß auf der Gewerksvereinstagung in Heilbronn angeblich der politischen Betätigung in der Volkspartei das Wort geredet worden sei. Man könnte der „Alln. Volks-Stg.“ leicht darauf eine Antwort geben und sagen, daß man dann die christlichen Gewerkschaften rundweg als Zentrumsvereine bezeichnen könnte, weil in ihnen die Zentrumsabgeordneten Schiffer, Giesberts, Becker usw. oftmals Vorträge halten. Auch sonst ließe sich noch manches nach dieser Richtung hin sagen. Wir verzichten aber darauf. Jedenfalls muß sich die „Alln. Volks-Stg.“ schon den Vorwurf gefallen lassen, daß sie mit dieser Notiz so ein kleines Denunziationstücken verübt, um auch den Deutschen Gewerksvereinen das Leben sauer zu machen. Gofft man vielleicht auf diese Weise die Agitation für die Christlichen zu erleichtern?

Eine bemerkenswerte Entscheidung für die-jenigen unserer Kollegen, die als Leiter von Rechtsauskunftsstellen oder Auskunftsbureaus tätig sind, hat kürzlich das königliche Landgericht in Thorn als Berufungsinstantz getroffen. Unser dortiger Kollege S. ist im Nebenamt als Arbeitersekretär tätig. Er hat die Vereinsmitglieder in Rechtsangelegenheiten zu beraten und ihnen bei der Abfassung von Schriftstücken an Behörden Beistand zu leisten. Auch Nichtmitglieder können sich der Hilfe unseres Kollegen bedienen und haben dafür eine geringe, die Ausgaben deckende Gebühr zu entrichten. Die Bestimmung der Höhe dieser Gebühr ist unserm Kollegen überlassen; er darf aber das Höchstmaß von 50 Pfg. nicht überschreiten. Die so dreinommenen Gebühren werden an die Vereinskasse abgeführt.

Nun hat S. für einen Väter, der nicht unser Vereinsmitglied ist, in einer Unfallrentensache mehrere Schriftstücke verfaßt und als Gebühr dafür insgesamt 50 Pfg. erhoben, die er an die Vereinskasse abgeführt hat. Das Schöffengericht in Thorn hat darauf den Kollegen S. wegen Übertretung der Paragraphen 14, 35 und 148 Ziffer 1 der Reichsgewerbeordnung, d. h. weil er gewerbsmäßig fremde Rechtsangelegenheiten besorgt hat, ohne das Gewerbe angemeldet und das vorgeschriebene Geschäftsbuch geführt zu haben, zu einer Geldstrafe von 1 Mk. im Nichtertritts-falle zu 1 Tag Haft und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Gegen dieses Urteil hat Kollege S., nachdem ihm vom geschäftsführenden Ausschuss der Rechtschutz bewilligt worden ist, Berufung eingelegt. Das Landgericht in Thorn hat erfreulicherweise einen andern Standpunkt eingenommen als das Schöffengericht. Es hat nämlich das Urteil des Schöffengerichts aufgehoben und S. freigesprochen, weil die Anwendung der Bestimmungen der Gewerbeordnung über die gewerbsmäßige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten nicht gegeben sei. Die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten — so heißt es in dem Urteil — durch Arbeitersekretäre geschieht nicht zum Zwecke des Erwerbs, sondern aus sozialen Gründen, um die nicht schreibgewandte Bevölkerung bei den in Folge der sozialen Gesetzgebung so häufig vorkommenden Einlagen an die Behörden zu unterstützen. In der Ausübung ihrer Tätigkeit liegt daher nicht die Ausübung eines Gewerbes, woran auch die Entrichtung einer geringen Gebühr für die Ausgaben und die Benutzung der Hilfe durch Nichtmitglieder nichts ändert. Es ist daher ausdrücklich durch den Erlass des Justizministers vom 15. Januar 1902 ausgesprochen worden, daß auf Arbeitersekretäre die Bestimmungen der §§ 14 und 35 der Gewerbeordnung nicht anwendbar sind. Es finden daher auch die auf Grund des § 38 der Gewerbeordnung erlassenen Verordnungen des Handelsministers vom 28. November 1901 und vom 4. Dezember 1905

keine Anwendung, welche die Föhrung von Gewerkschaften und die besondere Kennzeichnung der angeführten Schriftstücke vorschreiben. Zur Beobachtung dieser Vorschriften ist der Angeklagte weder nicht verpflichtet.

Aus all diesen Gründen ist wie gesagt, unser Kollege S. freigesprochen worden.

Gewerkevereins-Zeil.

8 Halle. Am ersten Osterfeiertag, vormittags 11 Uhr, wurde hier der 10. ordentliche Delegiertentag des mitteldeutschen Ausbreitungsbundes der Deutschen Gewerkevereine durch seinen Vorsitzenden, Kollegen Spröde, eröffnet, der die Vertreter der Vereine, die Gäste, und insbesondere den als Vertreter des geschäftsföhrenden Ausschusses erschienenen Kollegen Klein-Berlin herzlich begrüßte. Er wies ferner darauf hin, daß der Ausbreitungsbund auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken könne, und dankte allen Kollegen, die bisher zur Förderung der Sache beigetragen haben. Nach Prüfung und Anerkennung der Mandate übermittelte Kollege Klein die Grüße und Glückwünsche des Zentralrats, und nachdem noch einige andere Ansprachen erfolgt waren, wurde der Tätigkeits- und Kasienbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr erstattet. Die laufenden Geschäfte wurden in 9 Aufschüßlungen erledigt. Für die Agitation wurde vieles getan. Zahlreichen Ortsverbänden und Ortsvereinen wurden Referenten gestellt. Außerdem fanden 2 Bezirkskonferenzen statt. Auch die Mitglieder- und Delegiertenversammlungen einiger Vereine wurden von Ausschüßmitgliedern besucht. Stark in Anspruch genommen wurde die Tätigkeit des Ausbreitungsbundes einerseits durch die sozialen Wahlen, andererseits durch die Aufklärungsarbeit über die Deutsche Volkversicherung A.-G. Die Mitgliederzahl hat, obgleich die Zahl der angegeschlossenen Ortsvereine zurückgegangen ist, eine erhebliche Steigerung erfahren.

In der Diskussion wurde dem Vorstande Anerkennung für seine Tätigkeit ausgesprochen. Nach Erledigung dieses Punktes hielt dann Kollege Klein-Berlin einen Vortrag über „Koalitionsrecht und Arbeitswilligenschaft“. Redner schilderte einleitend das Wesen und die Entstehung des Koalitionsrechtes und ging dann auf die verschiedenen Versuche ein, dieses wichtige Recht der Arbeiter zu schmälern. Es sei auffallend, daß die Rufe nach besserem Schutze der Arbeitswilligen und Verbot des Streikpostens nicht von den Arbeitern ausgehen, die oftmals unter sozialdemokratischem Terrorismus zu leiden haben, sondern von ganz andern Kreisen, die sonst nicht gerade ein warmes Herz für die Arbeiter haben. Die Arbeiter sind der Meinung, daß die bestehenden Gesetze zum Schutze der Arbeitswilligen vollständig genügen. Eine Verschärfung, die gleichbedeutend sei mit einer Einschränkung des Koalitionsrechtes, würde allen Arbeiterorganisationen schaden. Deshalb hätten auch alle Wichtungen in der Arbeiterbewegung entschieden Krant gemacht gegen die Versuche, auf irgend eine Weise das Koalitionsrecht noch einzunengen. Im Gegenteil werde von allen Seiten die

Forderung erhoben, daß das Koalitionsrecht ausgebaut und gesichert werden müsse. Redner ging noch näher darauf ein, wie sich dieser Ausbau vollziehen müsse, und kam zum Schluß zu der Forderung, daß wenn auch viel leicht im Augenblick keine Gefahr vorhanden sei, dennoch die Arbeiterkraft auf dem Posten sein müsse, daß nicht durch den unheilvollen Einfluß der Schwarzmacher eine Verschlechterung des bestehenden Rechts zustande gebracht wird. Die Antwort auf die Rufe nach Ausnahmemaßnahmen müsse die Forderung nach einem einheitlichen Arbeitsrecht sein, das allein dem Arbeiter die volle Gleichberechtigung mit andern Ständen verschaffen kann. Ein solches Arbeitsrecht wird man umso eher durchsetzen können, je stärker die Organisation ist. Deshalb sollten es die Kollegen als ihre Pflicht betrachten, unermüßlich für unsere gute Sache zu wirken; damit wird ein freies und gerechtes Koalitionsrecht am besten gesichert.

Der Vorsitzende sprach dem Referenten für seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag herzlich Dank aus, und dann wurde noch der Mittagspause in die Beratung der allgemeinen Anträge eingetreten. Einen breiten Raum in der Debatte nahm die Zeitungsverpflichtung in ihren Vereinen mit allen Kräften dahin zu wirken, daß alles daran gesetzt wird, um der Deutschen Gewerkevereins-Zeitung mehr Eingang zu verschaffen. Als Vortag wurde Halle wieder gewählt; der nächste Delegiertentag soll in Weiskirchen abgehalten werden. Darauf schloß der Vorsitzende die Tagung mit dem Wunsch, daß die Verhandlungen gute Erfolge zeitigen möchten.

Am Abend fand noch eine Feier anläßlich des 10jährigen Bestehens des Ausbreitungsbundes statt, die den Teilnehmern manche Unterhaltung bot. Den Höhepunkt bildete eine kernige Ansprache des Bezirksleiters, Kollegen Herzberger. Wägen die Beschüßte des Delegiertentages der Gesamtorganisation zum Segen gereichen!

Verbands-Zeil.

Verammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.). Verbandsbau der Deutschen Gewerkevereine, Greifswalderstr. 22/23. Mittwoch, 29. April, abds. 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen Lewin über: „Das Programm der Deutschen Gewerkevereine“. Gäste will. - Gewerkevereins-Mitgliederfest (S.-D.). Jeden Donnerstag, abds. 8-11 Uhr. Lebnungshunde 1. Verbandsbau d. Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste will. -

Orts- und Regionalverbände.

Dresden (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr. Vertreter - Sitzung in Durchsicht des Geschäftsbau, Dresden, Reichenstr. - Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowstr. 42. - Tessen. Gewerkevereins-Mitgliederfest jeden Mittwoch, abds. 8-11 Uhr. Lebnungshunde 1. Verbandsbau d. Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste will. -

Fraunfurt a. O. (Gewerkevereinsmitglieder). Jeden Freitag von 8-10 Uhr Lebnungshunde im Bezirksklub, Richterstr. 16. Verbandskollegen herzlich willkommen! - Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreterversammlung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abds. 8-11 Uhr. Distriktsklub im Bezirksklub von G. Simon, Alter Markt. - Garmen d. Harz. Jeden dritten Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr Distriktsabend bei Ludwig. - Hamburg (Ortsverband). Jeden 2. Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr Ortsverbandvertreterversammlung bei Hofe, Heinestr. - Hamburg (Rebnerklub). Jeden Montag von 19 bis 11 1/2 Uhr bei Groß, Lagerstr. 2. - Hamburg (Gewerkevereins-Mitgliederfest). Jeden Donnerstag Lebnungshunde bei Thöner in Altona, Eimsbüttelstr. 48-50. - Garmen i. B. (Ortsverband). Sonntag, 26. April, nachm. 4 Uhr außerordentliche Ortsverbandversammlung bei Vielesfeld (Markt). Gäste sind herzlich willkommen. - Hannover, Linden und Ausgegend (Ortsverb.). Sonntag, 26. April, morgens 9 1/2 Uhr Vertreterversammlung in der Königsworth, Brühlstr. 12. L.-D.: daselbst. - Herne (Ortsverb.). Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung b. W. W. Ruhe, Bahnhofstr. gegenüb. der evang. Kirche. - Iserlohn. Distriktsabend jeden 8. Mittwoch im Monat abds. pünktlich 8 1/2 Uhr bei D. Hilpe, Weidenstr. 5. - Köln (Ortsverb.). Jeden 2. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr Vertreterversammlung in der Lenze-Erdolung, Kreuzgasse. - Leipzig (Gewerkevereins-Mitgliederfest). Die Lebnungshunde finden jeden Mittwoch abds. 9-11 Uhr im Bezirksklub, Stadt Hannover, Seeburgstr. 25, statt. Gäste sind herzlich willkommen. - Mählein-Harz. Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandsklub bei Herrn Johann Köhler, Sandstr. 28. - Mettin (Gängerklub d. Gewerkevereine). Die Lebnungshunde finden jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmgebende Kollegen herzlich will. - Mettin (Ortsverb.). Distriktsabend jeden Freitag, abds. 9 Uhr d. Rebel u. Donnerstag, abds. 8-10 Uhr bei Bömer, Schillerstr. 28, Ecke Schönebergstr. - Thurn (Gäder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsverbandversammlung bei Nicolai, Kanerstr. 62. - Weiskirchen, Distriktsklub. Jeden Donnerstag, abds. von 8-10 1/2 Uhr Distriktsabend beim Kollegen Gönkel. - Weiskirchen a. S. (Gefangenenklub, Harmonie) der Deutschen Gewerkevereine. Lebnungshunde jeden Mittwoch, abds. von 8 bis 11 Uhr im Bezirksklub, Röhrgarten. - Weiskirchen (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Distriktsklub in Hermanns Garten. - Weiskirchen (Ortsverband). Gefangenenklub der vereinigten Gewerkevereine (S.-D.) jeden Montag, abds. 9 Uhr Sitzung im Verbandsklub, Weiskirchen.

Veränderungen bezgl. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Königsbrunn (Ortsverband). R. Döring, Verführer Krugstr. 4. - Schöneberg (Ortsverb.). Gp. H. Stiefelbein, Schriftführer, Auguststr. 7 pr. - Titzan (Ortsverband). Alle schriftlichen Sachen sind bis auf weiteres an den Vorsitzenden H. Pöhlitz, Reufalgerstr. 6 zu senden.

Anzeigen-Zeil.

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Teilzahlung
Uhren und Goldwaren,
Photoartikel, Feldstech.,
Sprechmaschinen, Musik-
instrumente, Spielwaren,
Koffer usw.
Kataloge gratis und franko
BERLIN A. 571
JUNAS & Co. Belle-Alliance-Str. 3

Wismutene (Ortsverb.). Durch-
seffende Kollegen erhalten 75 Pf.
Bergaltung. Matzenausgabe-Kaufes
Gotel.

Dresden. Die Anzahlung der
Belegelder der Ortsvereine und
des Ortsverbandes erfolgt von jetzt
an auf dem Sekretariats-
Dresden, Lindenstr. 2

Hoff L. E. für Durchseffende
Unterstützung und Beratung bei
August Müller, Bruch-
str. 6.

Stettin (Ortsverb.). Durch-
seffende Kollegen erhalten 75 Pf.
Unterstützung bei den Ortsvereins-
Kassieren.

Verantwortlicher Redakteur Leonor Sewin, Berlin NO., Greifswalderstr. 22/23. - Druck und Verlag: Schoedel & Callinet, Berlin W., Potsdamerstr. 126

FAHNEN.
Schlupen, Ehren diplome,
Vereinsabzeichen etc.
gut und billig bei
Theobald Berkop
in Oppeln in O. S.

Senftenberg und Umgebung
(Ortsverband) Durchseffende Ge-
werkevereinskollegen aller Berufs-
stände in Ortsverbandesgesell-
schaft von 75 Pf. beim Ortsverbands-
kassierer Kollegen Otto Kubitzke,
in Jütendorf bei Senftenberg
Herberge zum Ueberröten im
Restaurant zum „Walthof“ in
Senftenberg.

Leipzig-Weiß (Ortsverband)
Durchseffende Gewerkevereinskollegen
erhalten die Karten für das Orts-
verbandesfest bei den Vereins-
kassieren. Für Abendkost und
Nachkassier haben diejenigen in
„Stadt Hannover“ Leipzig, See-
burgstr. 25-27 Platz.

Döbeln. Durchseffende erhalte
in der Herberge „Zur Heimat“ freie
Nachkassier und Nachkassier. Karte
find beim Kollegen G. Dupi,
in Döbeln, Marktstr. 9

Him a. D. (Ortsverb.). Durch-
seffende Gewerkevereinskollegen er-
halten 1 Mark Unterstützung beim
Ortsverband Kassierer Greiner
Bismarckstr. 17.

Gelsenkirchen (Ortsverband).
Durchseffende Verbandskollegen er-
halten ein Ortsfestgeld von 75 Pf.
beim Kassierer Konrad Dörr,
Rathstr. 14.

Eisfeld-Barmen (Ortsver-
band). Durchseffende Kollegen finden
Nachkassier im Verbandsklub bei
Koggenhäuser, Eisfeld, Er-
holungsstr. 2. Dasselbst be-
findet sich auch die Nachkassier-
Kasse. Der Arbeitsnachweis für
Dauer ist bei G. Helling,
H. idstr. 2.

Halleberg l. Sachf. Durch-
seffende, arbeitslose Kollegen er-
halten ein Ortsfestgeld im Betrage
von 75 Pf. bei dem Kollegen
Richard Wenzel, Niedergraben 15.

Hennig (Ortsverb.) Durch-
seffende Gewerkevereinskollegen er-
halten eine Unterstützung von 75 Pf.
beim Kollegen Alton Müller,
Gemeindefest 15 Karten sind zu
entnehmen beim Kollegen Oswald
Dörmig, Bannewerth 5, mittags
12-1, abds. 6-8 Uhr.

Köln und Mählein a. M.
(Ortsverb.). Durchseffende erhalten
Unterstützungsgeldern im Gewer-
kevereinsbureau, Severinstr. 156.

Titzan (Ortsverband). Durch-
seffende Kollegen erhalten ein
Ortsfestgeld von 75 Pf. bei ihrem
Distriktskassierer.

Schmöden (Ortsverband). Allen
durchseffenden Gewerkevereinskollegen
wird für Nachkassier eine Unter-
stützung von 60 Pf. gezahlt. Karten-
ausgabe bei E. Fraggdorf,
Bachstr. 2.

Matthe, O.-Schl. (Ortsverb.).
durchseffende Verbandskollegen er-
halten eine Unterstützung von 75 Pf.
beim Ortsverbandkassierer Franz
Fretsch, Salzstr. 17.

Danzig (Ortsverband). Durch-
seffende Gewerkevereinskollegen er-
halten beim Genossen Kammere,
Hofmarkt 10, Unterstützungsgeldern.

Hannau l. Schl. (Ortsverb.).
Durchseffende Mitglieder erhalten
eine Unterstützung von 75 Pf.
ausgegahlt beim Ortsverbandes-
kassierer G. Walter, Kegnitzer-
str. 48. Anweisungen sind bei
den Vereinskassieren zu haben.

Der Zentral-Arbeitsnachweis

der Berliner Ortsvereine (Hirsch-Prücker)

NO. 55, Greifswalderstr. 221-23

wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Benützung empfohlen.

Bersprecher: Amt VII, Nr. 4790.

Freibiamen Gewerkevereiner

Am folgenden jeden erschienenen Schriften, enthaltend die auf dem letzten
Verbandsstage gehaltenen Vorträge, für die Bearbeitet unentgeltlich:

Tätigkeitsbericht für die Jahre 1910 bis 1912, erstattet vom
Verbandsvorsitzenden Karl Goldschmidt;

Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und
Arbeitern in der Großindustrie, von B. Weiskopf;

Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis, von
R. Schumacher.

Das Stück kostet 10 Pf.; 10 Stück 80 Pf.; 20 Stück 1,50 Mk.
und 50 Stück 3,75 Mk. bei portofreier Zusendung. Die Bestellung
unter Beifügung des Betrages an den Verbandskassierer Rud. Reich,
Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/223, zu richten.